

Zum neuen Kampf.

ap. Das Proletariat kämpft nicht, weil es den Kampf liebt, sondern weil es keine andere Wahl hat. Der Kampf ist ihm einfaches Gebot der Selbsterhaltung gegen die niederdrückenden Kräfte des Kapitalismus; das einzige Mittel, die eigene Existenz zu wahren, ist, den Feind zu vernichten. Daher kann es keinen Waffenstillstand, keine Ruhe geben. So oft die Arbeiter glauben, sich auf den errungenen Vorbeeren ein wenig ausruhen, oder den Kampf zeitweilig einstellen zu können, werden sie bald eines Besseren belehrt; sofort drängt der Feind wieder vorwärts zum Angriff und rüttelt sie zu neuen Kämpfen auf. Die parlamentarischen Vorgänge der letzten Wochen bieten dafür wieder ein treffendes Beispiel.

Die Erkämpfung der Demokratie ist eine der Hauptaufgaben des Proletariats. Seit Jahren haben die deutschen Arbeiter erkannt, daß der Schlüssel zur ganzen Position des Feindes in dem preußischen Junkerparlament liegt. Solange diese Burg der Reaktion, die hinter der preußisch-deutschen Regierung steht, wo diese dem Reichstag als selbständige Macht gegenübertritt, nicht genommen ist, bleibt auch der Reichstagsparlamentarismus nur ein Scheinparlamentarismus — er kann reden, beschließen, ablehnen; aber über die eigentlichen Machtmittel des Staates hat er nichts zu gebieten. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Preußen bleibt vorläufig die wichtigste Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse.

Vor vier Jahren wurde dieser Kampf mit einer wichtigen Straßendemonstration eröffnet; dann wurde er eingestellt, damit alle Kraft auf die Landtagswahlen konzentriert werden konnte. Vor zwei Jahren flammte er in einer Reihe großartiger Demonstrationen aufs Neue auf; aber wieder wurde er abgebrochen mit der Begründung, daß wir für die Reichstagswahlen rüsten müßten, damit dem Feind ein zermalmender Hieb zugefügt werden könnte. Und jetzt? Keiner der beiden Wahlkämpfe hat auch nur im geringsten enttäuscht; als 1908 das Proleta-

riat die ersten sechs Sozialdemokraten in den Preussischen Landtag, und 1912 die 110 Abgeordneten in den Reichstag schickte, ist das beide Male mit Recht als ein hochbedeutender Sieg gefeiert worden. Aber für den eingestellten Wahlrechtskampf konnten sie doch keinen Ersatz bieten. Die hochgespannten Illusionen, die da und dort über den neuen Reichstag, die neue Aera und die Ohnmacht der Reaktion gehegt wurden, sind fast alle in Scherben gegangen. Was man an parlamentarischer Macht glaubte errungen zu haben, wird durch die Macht der realen Klasseninteressen und Machtverhältnisse zunichte gemacht. Und wer sich etwa in dem ruhigen Bewußtsein wiegen möchte, daß wir doch sechs dingsfeste Sozialdemokraten im Preußenhaus haben, kraft ihres verfassungsmäßigen Mandats befähigt, die Sache des Volkes gegen die tobende Junkerbande rücksichtslos zu verfechten, den haben die Vorgänge am 9. Mai eines anderen belehrt. Was Verfassung und Mandat! brüllten die Junker, raus, raus! Und die Polizei kam und warf den sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Hause hinaus.

Diese Gewalttat der vom junkerlichen Präsidenten herbeigerufenen Polizei beleuchtet grell das Wesen des deutschen Parlamentarismus. Im Reichstage wurde gesagt, daß ein solches Haus gar nicht mehr den Namen eines Parlaments verdient. Mit Recht. Nicht in dem Sinne, daß das Preußenhaus durch das Dreiklassenwahlrecht immer das Gegenteil einer Volksvertretung war. Auch ein Parlament von Vertretern einer herrschenden Klasse kann ein richtiges Parlament sein, solange es frei und unantastbar neben oder über der Regierung steht. Sobald aber Polizei, Militär oder ein anderes Organ der Regierung unter jubelnder Zustimmung der übrigen Mitglieder einen gewählten Abgeordneten hinausschleppt, hat das Haus seinen Charakter als Parlament, seine Unabhängigkeit, seine souveräne Unantastbarkeit verloren. Morgen könnte dasselbe unter Protest der Mehrheit geschehen; das Parlament wäre von der Regierung abhängig geworden und ihrer Willkür überliefert. Daß dies Unglaubliche zum Ereignis wurde, kann aber nur solange als Widerspruch empfunden werden, als man die Form für das Wesen nimmt und das Parlament nur als Einheit, als Institution gegenüber anderen Institutionen betrachtet.

Diese Vorstellung ist uns als trügerische Form aus der Vergangenheit überliefert worden. Als die Bourgeoisie ihren Klassenkampf gegen Absolutismus und Feu-

dalismus führte, war das Parlament ihre Vertretung. Es stand als Organ ihrer Macht den Regierungsorganen gegenüber. Der formelle staatsrechtliche Gegensatz zwischen der Volksvertretung und der ausführenden Regierungsmacht drückte den Gegensatz der beiden Klassen und Mächte aus, zwischen denen die Kampf- und Trennungslinie lag. Das Parlament umgab sich, um gegen Polizisten und Handlanger der Regierung gesichert zu sein, mit einem Wall schärfster Strafgesetzeparagraphen, die als unentbehrliches Zubehör zum Parlamentarismus in unser Reichsgesetz in der Gestalt von 5 Jahren Zuchthaus übergegangen sind.

Aber der modernen Wirklichkeit entspricht diese Form nicht mehr. Die große Trennungslinie des Klassenkampfes zieht sich nicht zwischen Parlament und Regierung, sondern zwischen Mehrheit und Minderheit im Parlament. Auf der einen Seite stehen die 6 Sozialdemokraten mit der Arbeiterschaft hinter sich. Auf der anderen Seite stehen alle bürgerlichen Parteien, auch unsere „Bundesgenossen“, die Fortschrittler, die sämtlich die Polizeiität authießen, die Regierung und die ganze besitzende Klasse. Für die bürgerlichen Parlamentarier sind die Sozialdemokraten die Feinde, die Regierung und ihre Handlanger die Freunde; kein Wunder, daß sie da auf die Idee verfallen, die Polizei auch im Parlamente zu Hilfe zu rufen, wenn ihnen die Sozialdemokraten etwas unbequem werden, und ohne Zögern die Immunität des Parlaments opfern. Das Vorgehen des Herrn v. Erffa hat das Verdienst, mit einem Schlage die nackte Wirklichkeit des deutschen Parlamentarismus enthüllt zu haben. Es fehlt nur noch, daß Genosse Borchardt vom Gericht wegen Hausfriedensbruch verurteilt wird, und damit ausgesprochen wird, daß die Sozialdemokraten „von Rechts wegen“ gar nicht im Preussischen Landtage zu „Haus“ sind, und dort nur geduldet werden, solange sie den andern keinen Anstoß geben. Aber auch ohne daß derart der Verhöhnung des Volkes die Krone aufgesetzt wird, ist es jetzt klar geworden, daß das Proletariat auf die Unverletzlichkeit der parlamentarischen Rechte und Traditionen nicht zu rechnen hat. Rechte gelten nur, solange eine entsprechende Macht dahinter steht. Mögen die von hunderttausenden Proletariern eroberten Landtagssitze eine Machtposition bilden, die Polizei, hinter der die ganze Staatsgewalt steht, ist eine noch größere Macht; sie wirft den Mann hinaus, den das Volk hineinschickte. Zudem die Junker die Polizei zu Hilfe riefen, haben sie gegen

das Proletariat nur die realen Machtverhältnisse aus-
spielt.

Um so mehr ist es nötig, daß das Proletariat jetzt gegen die Junkerherrschaft die realen Machtverhältnisse ausspielt. Die Macht des Polizeistaats, die hinter Regierung und Junkertum steht, ist nur solange die reale, die wirkliche Macht, als das Volk gleichgültig, zufrieden oder furchtsam ist und sich nicht regt. Der Schutzmannsäbel ist groß und allmächtig nur, solange die Volksmassen scheu vor ihm zurückweichen. Aber vor dem entschlossenen Willen der Hunderttausende von Proletariern, die geschlossen und begeistert für ihre Befreiung, ihr Glück, ihr Menschenrecht kämpfen, sinkt der Schutzmannsäbel machtlos nieder. Gewiß, darin liegt der Unterschied zwischen Volk und Regierung, wie Lassalle schon hervorhob, daß das Volk nicht alle Tage seine Macht ausüben kann, während die Regierung immer bewaffnet ist; solange das Volk nicht auftritt, ist seine Macht in den geschriebenen Gesetzes- und Verfassungsartikeln niedergelegt. Darin liegt gerade die Furcht des Junkerpräsidenten, daß er das Gesetz mißachtete; darin seine Dummheit, daß er glaubte, nur mit einem Menschen, oder höchstens mit sechs zu tun zu haben, mit denen ein paar Polizisten leicht fertig wurden.

Daher mußte seine Tat wie ein Peitschenhieb in das Gesicht des Proletariats wirken. Ueberall zeigt die Empörung der Massen, daß sie die Bedeutung dieses Junkerstreichs verstanden haben. Die Wiederaufnahme des preussischen Wahlrechtskampfes durch die Versammlungen des letzten Mittwoch ist die richtige Antwort des Proletariats. Jetzt hat sich gezeigt, was es bedeutet, wenn wir glauben, den Kampf zeitweilig einstellen zu können; sofort dringt der Feind vor, um uns das schon Errungene streitig zu machen. Keine andere Wahl hat das Proletariat, als immer energischer vorwärts zu kämpfen, ohne Rast, bis das Ziel erreicht ist. Keine Ruhe kann es, auch für die Arbeiter geben, solange nicht das allgemeine Wahlrecht für Preußen erkämpft ist. —